

Freie Demokraten

Stadtverband
Hameln **FDP**

FDP-Wahlprogramm für die Stadt Hameln zur Kommunalwahl am 11. September 2016.

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor Ihnen liegt das Parteiprogramm für die Stadt Hameln zur Kommunalwahl am 11. September 2016.

Hameln ist die größte und zentral gelegene Stadt des Weserberglandes.

Auch unsere Stadt ist im zunehmenden Maße von den neuen gesellschaftlichen Bedingungen abhängig (Flüchtlingspolitik, Demographischer Wandel, Globalisierung, Zunehmendes Anspruchsstellungen an den Staat, usw.)

Hameln benötigt Reformkraft, Wettbewerbschancen und Zukunftsfähigkeit.

Die Menschen müssen wieder mehr unternehmerisch eigenverantwortlich handeln können.

Politik muss auch den Mut haben, Unpopuläres zu sagen. Wir - die FDP-Hameln - haben diesen Mut. Wir stellen nicht unser Medienbild in den Mittelpunkt unseres politischen Handelns. Die Richtschnur unseres Handelns sind die Grundsätze einer demokratischen und liberalen Grundhaltung und die positive Entwicklung unserer Stadt.

Zum Aufbau des Wahlprogramms sind folgende Aussagen zu treffen:

- Es beschreibt unsere Grundsätze und Handlungsziele!
- Die Programme anderer Parteien benennen meist zusammenhanglos Forderungen (oft sehr teure), so dass man die Richtung ihres Handelns nicht erkennen kann.
- Programm bezieht sich auf Hameln als Ganzes!
- Dieses Programm dient auch als Argumentationshilfe und ist eine „Richtschnur“ für spätere Koalitionsverhandlungen!
- Die Schlussfolgerungen aus den grundsätzlichen Erläuterungen der einzelnen Themen für die Stadt Hameln werden durch die Überschrift „Hameln braucht!“ eingeleitet.

Dieses Programm wurde auf der Mitgliederversammlung des FDP-Ortsverbandes Hameln verabschiedet.

Für den Ortsverband:

Klaus-Peter Wennemann

Für die Stadtratsfraktion:

Hans Wilhelm Güsgen

Für das Autorenteam:

Rüdiger Zemlin und Herbert Habenicht

1. Hameln braucht kluge Köpfe!

Bildung ist Zukunftsvorsorge

In der liberalen Bürgergesellschaft sind Bildung, Aus- und Fortbildung die Garanten für Lebensqualität und sichern die Wettbewerbsfähigkeit des Einzelnen und der Gemeinschaft. Deshalb fordert die FDP ein vielseitiges und zukunftsorientiertes Bildungsangebot in erreichbarer Nähe, das in Kindertagesstätten beginnt.

Im Rahmen der Schulträgerschaft haben auch die Städte und Kreise besondere Verantwortung für die Qualität der Bildung. Moderne Schulen in gutem baulichem Zustand erleichtern Lehrern und Schülern das Lehren beziehungsweise Lernen. Es soll im Rahmen der Möglichkeiten eine gute Ausstattung der Schulen vor Ort – generell und besonders auch mit Blick auf moderne Medien – zur Verfügung gestellt werden. Die Integration behinderter Kinder ist eine Verpflichtung.

Die qualifizierte berufliche Bildung im dualen System steht aus bildungspolitischen, wirtschaftspolitischen und sozialen Gründen im Vordergrund kommunaler Politik. Die Berufliche Bildung kann Betrieben einen Spielraum bieten, einen Beitrag zur Integration leistungsschwächerer Schülerinnen und Schüler zu leisten. Die Gleichwertigkeit der Bildungsangebote der Berufsbildenden Schulen mit der Allgemeinbildung ist zu betonen.

Alle Schulen müssen in die Lage versetzt werden, eigenständig und selbstverantwortlich zu handeln. Dazu müssen sie eigenständige Profile entwickeln dürfen. Ein vermehrter Wettbewerb untereinander kann Qualitätssteigernd wirken.

Für immer mehr Menschen ist lebenslanges Lernen eine berufliche bzw. gesellschaftliche Notwendigkeit. Darum ist die Weiter- und Erwachsenenbildung als vierte Säule unseres Bildungswesens weiter zu entwickeln. Die Erfordernisse lebenslangen Lernens bedingen eine gesicherte Unterstützung der Berufsbildenden Schulen sowie kommunaler Weiterbildungsangebote, wie der Volkshochschulen und freier Träger in engem Zusammenwirken mit privaten Anbietern. Einheitliche Rahmenbedingungen sind hierbei Gelingensbedingungen für erfolgreiches Handeln der Bildungsinstitutionen.

Die Hamelner Liberalen treten ein für eine Bildungspolitik, die jeden Menschen in seiner Eigenart und entsprechend seinen unterschiedlichen Lernvoraussetzungen fördert.

Liberaler Kommunalpolitiker unterstützen eine kommunale Bildungspolitik, mit einem möglichst differenzierten Angebot verschiedener Schulformen nebeneinander, um Eltern und Schülern eine Auswahlmöglichkeit zu geben. Die FDP fordert daher ein vielfältiges und differenziertes Bildungsangebot, dass im Zentrum der Region - in Hameln- angeboten wird.

Hameln braucht gute Schulen!

Die FDP will mit Hilfe folgender Grundsätze die Hamelner Bildungssituation verbessern:

- Ein Bildungscampus muss auf dem Linsingen-Kasernengelände entstehen für die Technische Akademie (TA), Elisabeth-Selbert-Schule und weitere Bildungseinrichtungen. Die historische Chance darf Hameln nicht verspielen.
- Auf die geänderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen muss reagiert werden. Die Schule entwickelt sich vom Lernort zum Lebensort. Der Schulträger „Stadt Hameln“ muss daher an seinen Schulen die baulichen und logistischen Voraussetzungen für einen ganztägigen Schulbetrieb schaffen.
- Der Erhalt und Ausbau der bewährten Gymnasien in Hameln ist unverzichtbar.
- Der Standard der Hamelner Schulen ist auf hohem Niveau zu halten. Die Stadt als Schulträger muss stetig die äußeren Bedingungen für eine qualifizierte Bildung optimieren und dem notwendigen Bedarf anpassen.
- Die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Bauunterhaltung städtischer Schulen sowie deren Ausstattung sind an erste Priorität zu setzen.

- Ein qualifiziertes, wohnungsnahes Schulangebot ist vorzuhalten. Das schließt im Grundsatz den Bestandsschutz kleiner Grundschulen ein.
- Die Berufsakademie und die Hochschule Weserbergland sowie ähnliche Einrichtungen sind als Fortsetzung des öffentlichen Schulwesens zu fördern.
- Die Integration behinderter Kinder in das Regelschulwesen wird bejaht. Förderschulen sind erforderlich, wenn dies dem Elternwillen und der besseren individuellen Situation entspricht. Möglichkeiten spezieller Begabtenförderung sind in Hameln anzubieten. Barrierefreiheit ist bei baulichen Maßnahmen zu beachten.
- Neue Schulangebote (Integrierte Gesamtschulen, Ganztagschulen, Oberschulen) werden befürwortet, wenn sie dem Elternwillen entsprechen. Die Entscheidung über den Besuch der Schulform muss den Eltern vorbehalten bleiben. Die eingerichteten Ganztagschulen sind organisatorisch und infrastrukturell durch die Stadt zu unterstützen.
- Die Übergabe der Schulträgerschaft an den Landkreis ist dann anzustreben, wenn die Qualität des Schulsystems dadurch gesteigert werden kann. Keinesfalls dürfen die Schulen der Stadt Hameln dadurch einen Nachteil erfahren.

Hameln braucht eine Kinder- und familienfreundliche Politik!

Bildung auch im Vorschulalter wichtig

Liberales Kommunalpolitiker unterstützen eine kommunale Familienpolitik, die durch ein Miteinander von Kommune, Eltern und Kindern vor Ort ein familienfreundliches Klima schaffen, in dem Erziehung, Bildung und Beruf harmonisch miteinander in Einklang zu bringen sind, in dem sich Kinder und Eltern gemeinsam wohl fühlen.

Ohne Kinder hat unsere Gesellschaft keine Zukunft. Kinder und Beruf müssen nebeneinander möglich sein, in Familienformen und auch für allein erziehende Mütter und Väter. Wer Flexibilität im Beruf zeigen soll, muss auch auf flexible Ganztagsbetreuungsangebote zurückgreifen können. Dazu gehört für die FDP insbesondere die Förderung individueller Betreuungsdienstleistungen wie Tagesmütter und Kinderkrippen. Diese Betreuungsmodelle sind weiter zu fördern, wobei die bürokratischen Hürden in diesem Bereich zu vermindern bzw. abzubauen sind. Ebenso ist für eine liberale familienfreundliche Politik ein Angebot von Ganztageskinderplätzen mit flexiblen Öffnungszeiten elementar. Neben dem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ist den Wünschen berufstätiger Mütter und Väter nach flexibleren Öffnungszeiten und Betreuung von Kleinkindern (0-3 Jahre) und Hortkindern Rechnung zu tragen. Elterninitiativen, die eine gemeinsame Kinderbetreuung organisieren, sind zu unterstützen.

Wichtig für den Bereich der Kinderbetreuung ist auch die Partnerschaft des Landes, das die Kommunen bei diesen vielfältigen Aufgaben unterstützen muss. Das gilt für die gesetzlichen Rahmen bei der Durchführung von Kinderbetreuung und auch insbesondere für die Gestaltung der Gebühren für Kinderbetreuungseinrichtungen, wobei die Gebührenfreiheit des letzten Kindergartenjahres als erster Schritt anzustreben ist.

Eine engere Zusammenarbeit von Kindertagesstätten und Grundschulen soll gefördert und unterstützt werden. Die Hamelner *FDP fordert eine Stärkung* für die ehrenamtliche Jugendarbeit in Vereinen und Verbänden. Jugendarbeit ist gleichzeitig vorbeugende Jugendhilfe, die ohne hauptamtliche Fachkräfte nicht zu leisten ist.

Für Hameln gilt:

- Weitere Unterstützung des Jugendzentrums "Regenbogen" und den anderen Jugendtreffs.
- Finanzielle Unterstützung der "Sumpflume".
- Weiterhin unentgeltliches Nutzungsrecht der städtischen Sportanlagen durch Vereine mit Jugendarbeit. Die Mithilfe bei der Pflege der Anlagen wird gewünscht.
- Neue Wege für Jugendkunst- und der Jugendmusikschule. Hierbei sind Verbesserungen in der Organisation dieses Bereiches möglich.

- Erhaltung der neuen und Ausbau weiterer Kinderkrippenplätze und Betreuung durch eine dritte Kraft

Hameln braucht Kultur!

Liberaler Kommunalpolitiker unterstützen eine kommunale Kulturpolitik,

- die bürgerschaftliches Engagement stärkt und eine aktive Kulturszene befördert,
- die der kulturellen Bildung, insbesondere der Kinder- und Jugendkultur besondere Aufmerksamkeit widmet,
- die die regionale Vernetzung von Kulturorten und Institutionen fördert.

Kunst und Kultur spiegeln den Stand einer Gesellschaft wider. Ohne sie wäre eine Gesellschaft nicht kreativ, eine Wirtschaft nicht innovativ, eine Bildung technokratisch. Kunst und Kultur tragen zu den Werten unserer Gesellschaft bei.

Städte und Gemeinden sind nicht nur Schulen der Demokratie, Dienstleister für Bürgerinnen und Bürger, Orte des sozialen Zusammenhalts und der Integration sowie Wirtschaftsstandort – sie sind auch Zentren der Kultur. Kultur, sei es in kommunalen Einrichtungen oder in privaten Initiativen, braucht geistige Freiheit, und über die öffentliche hinaus mehr private Förderung, um gedeihen zu können. Hier wie auch in anderen Bereichen ist das Ehrenamt zu stärken.

Kulturpolitik ist Auftrag und Verpflichtung der Gemeinden. Neben der materiellen Daseinsvorsorge besteht ein gleichrangiger kultureller Auftrag. Kulturförderung ist für die FDP eine Aufgabe von hoher Bedeutung der Kommunen. Allerdings müssen die Städte und Gemeinden diese Aufgabe auch erfüllen können. Die Finanznot der öffentlichen Haushalte sowie steigende Sozialausgaben führen dazu, dass gerade Kulturausgaben unter Druck geraten und zum Teil erheblich gekürzt werden.

Jugendliche sollen auch in den Städten und Gemeinden die Möglichkeit erhalten, ihre eigenen Vorstellungen von Kultur zu verwirklichen. Geld-, Raum- und Verfahrensfragen sollen mit ihnen gemeinsam gelöst werden.

Regionale Kulturarbeit befördert städtisches und regionales Selbstbewusstsein und Identifikation mit der Kommune und/oder der Region und kann zu Effizienz bei der Finanzierung bestimmter kultureller Projekte beitragen.

Für Hameln gilt daher:

Zugang und aktive Teilhabe am kulturellen Leben muss für alle erleichtert werden, deshalb fordert die FDP:

- Ein vielfältiges kulturelles Angebot, das den besonderen Bedürfnissen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen in angemessener Weise gerecht wird. Eine weitere Einschränkung der so genannten „freiwilligen Leistungen“ der Stadt Hameln, die hauptsächlich den kulturellen Bereich betreffen, ist nicht geeignet, die finanzielle Lage zu verbessern. Fehlendes Kulturangebot ist gesellschaftlich und auch wirtschaftlich auf lange Frist zu teuer. (Stichwort: Weiche Standortfaktoren)
- Ein kulturelles Umfeld, das die Menschen zu eigenen Aktivitäten ermuntert. Hier liegt die eigentliche Aufgabe der orts- und stadtteilbezogenen Kulturarbeit. Die Vereinsarbeit ist hierbei ein wesentlicher Bestandteil verantwortlichen bürgerlichen Handelns (z.B. Kulturvereine, Stadtteil- und Ortsfeste).
- Handlungsfähige Ortsräte. Die Ortsräte leisten viel Arbeit auf allen kulturellen Gebieten und sind daher durch ausreichende Geldzuweisungen zu stärken. Verkleinerungen oder gar die Abschaffung der Ortsräte treffen unmittelbar das kulturelle Leben der Stadtteile.
- Die Entfaltung klassischer Kultureinrichtungen, wie Bibliothek und Museum durch Kräfteverlagerung (Personal, Sachleistungen und Räume) innerhalb der kommunalen Verwaltungen. Die Bibliothek ist zu erhalten

- Die Erschließung privater Finanzierungsquellen für den Kulturbereich durch Mäzene und Stiftungen sowie Gewinnung von Sponsoren und Förderkreisen zur Finanzierung von Kunst- und Kulturveranstaltungen.

2. Hameln braucht Geld!

Verantwortungsvoller Umgang mit dem Geld der Bürger

Die Basis einer erfolgreichen Stadt ist eine solide Finanzierung der Aufgaben.

Wir Freien Demokraten fordern auf Landes- und Bundesebene für die Kommunen eine auskömmliche und verlässliche Finanzgrundlage und wollen daher den Städten und Gemeinden mehr Rechte und Verantwortung für die Gestaltung der Steuereinnahmen geben. Hierzu soll die Gewerbesteuer durch einen eigenen Hebesatz auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer und eine deutlich höhere Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer ersetzt werden. Dabei ist die Steuergerechtigkeit zwischen Unternehmen und Arbeitnehmern zu wahren, d.h. Zuschläge auf die Einkommenssteuer durch die Kommunen dürfen nur nach vorheriger deutlicher Senkung der Einkommenstarife gestattet werden. So werden die kommunalen Finanzen auf eine konjunkturunabhängige und planbare Basis gestellt.

Wir fordern eine solide kommunale Haushalts- und Finanzpolitik, die die finanzielle Überlastung künftiger Generationen vermeidet. Es darf grundsätzlich nicht mehr ausgegeben werden, als eingenommen wird. Wir brauchen eine Schuldenbremse auch für den Haushalt der Stadt Hameln. Die Ausgabenwünsche der Politik und der Bürger müssen sich an den Einnahmen orientieren. Aus diesem Grund ist es wichtig, die Bürgerrinnen und Bürger frühzeitig durch regelmäßige Bürgerversammlungen auch in die Haushaltsdiskussionen mit einzubinden. Mischfinanzierungen von Investitionen, die durch Land, Bund und EU gefördert werden, sind kritisch zu prüfen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Folgekosten meist nur von der Kommune zu tragen sind. Investitionen sind nur dann durchzuführen, wenn langfristig der Nutzen die damit verbundenen Ausgaben rechtfertigt.

Aufgaben sollen von der Stadt Hameln nur dann übernommen werden, wenn sie in derselben Qualität und Wirtschaftlichkeit nicht durch Private übernommen werden können. Kommunales Vermögen ist in Überlegungen nach mehr Privatisierung einzubeziehen, dabei sind Vor- und Nachteile für die Stadt Hameln sorgfältig und auch langfristig abzuwägen.

Wir Liberale sprechen uns dafür aus, in der Verwaltung kleinere betriebswirtschaftliche Einheiten zu bilden, um die Eigenverantwortung für wirtschaftliches Handeln zu stärken. Leistungen sollten mehr nach dem Verursacherprinzip kostendeckend erbracht werden.

Wir lehnen die „Abzocke“ der Bürger durch kommunale Bagatellsteuern und Bußgelder ab. Gegebenenfalls vorhandene Haushaltsspielräume sind zur Abschaffung der Bagatellsteuern zu nutzen. Im Bereich der Überwachung des Straßenverkehrs ist die Rolle der Kommunen auf die Überwachung des ruhenden Verkehrs zu beschränken. Wir lehnen Radarfallen, außer an Unfallschwerpunkten ab.

Die kaufmännische Buchführung bei den Kommunen schafft Transparenz über die tatsächliche Vermögenssituation der Kommunen. Liberale Kommunalpolitik will die Steuerungsinstrumente über klar formulierte Ziele weiter voranbringen und somit die Politik auf wichtige kommunale Weichenstellungen konzentrieren und die Eigenverantwortung der Verwaltung stärken.

Liberale Verwaltungs- und Finanzpolitik setzt sich für eine kommunale Finanzpolitik ein, durch die die Lebensqualität unserer Stadt erhalten bleibt, durch

- eine sparsame und langfristig ausgerichtete Haushaltspolitik ohne Nettoneuverschuldung,
- eine verlässliche kommunale Finanzpolitik durch eine konjunkturunabhängige Steuerbasis,
- Bürgerbeteiligung in der kommunalen Haushaltspolitik,
- Umorganisation öffentlicher Aufgaben, durch Privatisierung oder neue Rechtsformen z.B. für kulturelle Einrichtungen,

- intensive Auseinandersetzung mit dem städtischen Haushalt, gemessen an den Vorgaben: Sparsamkeit, Notwendigkeit, Effizienz, Schwerpunktsetzung (z.B. Bildung),
- Abbau von freiwilligen Leistungen, die nicht mehr zeitgemäß oder nicht mehr finanzierbar sind.

Finanzielle Freiräume für eine aktive und bürgerfreundliche Gestaltung der Kommunalaufgaben im Rahmen der Daseinsvorsorge bestehen in Anbetracht leerer Kassen schon lange nicht mehr. Die kommunale Selbstverwaltung ist gefährdet. Vorhaben, die der Kategorie "hilfreiche Förderung" zuzurechnen sind, aber unter Berücksichtigung von Präzedenzwirkungen und Folgekosten haben in einem auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Haushalt keinen Platz. Wir brauchen gerade in Hameln ein gestärktes Bewusstsein für konsequente Schuldenbegrenzung und Schuldenabbau.

Basis für eine liberale Finanzpolitik ist ein offener Diskussionsprozess über den notwendigen Umfang und Qualität der wirklich notwendigen öffentlichen Aufgaben auf der kommunalen Ebene. Die Beurteilung der zielgerichteten und wirtschaftlichen Erledigung der öffentlichen Aufgaben muss sich vorurteilsfrei und unabhängig von der gewählten Organisationsform an den Ergebnissen messen lassen.

Die liberale Wächterrolle ist unverzichtbarer um für die Stadt Hameln einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

Hameln braucht eine solide Finanzpolitik!

Solide Finanzpolitik der Liberalen bedeutet für Hameln:

- Es ist anzustreben, die Gewerbesteuer- und die Grundsteuersätze von dem bisherigen hohen Niveau zurückzuführen.
- Die Verwaltungsausgaben müssen sich auf das beschränken, was zu dem eigentlichen Aufgabenbereich einer Stadtverwaltung gehört.
- Die Verschuldung ist in vertretbaren Grenzen zu halten. Vorrangiges Ziel ist die Begrenzung und der Abbau neuer Schulden, zusätzliche Abgaben verhindern oder auf ein erträgliches Maß zu beschränken (z.B. Straßenausbausatzung)! Keine weitere Anhebung der Gewerbe- und Grundsteuer – Möglichkeiten der Senkung nutzen.
- Wenn neue Investitionen in den Verwaltungsapparat notwendig sind, sollte dies unter dem Strich immer zu einer Einsparung führen.
- Freiwillige Leistungen, die mit Ausgaben über mehrere Jahre verbunden sind, bedürfen der Bestimmung eines Enddatums. Bestehende Subventionen müssen auslaufen. Denn ohne Begrenzung der Laufzeit wird aus vorübergehenden Hilfen oft eine Dauersubvention.
- Bürgernahe Stiftungen sollen initiiert werden.

Liberaler wollen Privatisieren und Abbau von Reglementierungen und damit weniger Staat und eine kleinere Verwaltung auch in Hameln:

- Der Neubau des Rathauses ist so zu planen, dass eine effektive, verschlankte Verwaltung unter Nutzung von Synergieeffekten möglich ist.
- Auslichten des Vorschriftendickichts auch auf kommunaler Ebene.
- Vergabe von Aufgaben an private Anbieter (z.B. Anlagenpflege) wenn diese tatsächlich langfristig kostengünstiger sind.
- Vergleich mit privaten Anbietern, evtl. Anpassung der Gebühren an tatsächliche Kosten oder Abgabe an Privatwirtschaft.
- Finanzierung notwendiger Objekte durch privatrechtliche Finanzierungsmodelle (z.B. Stiftungen, privatwirtschaftliche Vermarktung, Leasingverfahren, Sponsoring).
- Übertragen von Aufgaben an interessierte Bürger (sog. Patenschaften).

3. Hameln braucht eine starke heimische Wirtschaft!

Vorrang für Arbeit, Wirtschaft und Innovationen vor Ort

Wir Liberale setzen auf fairen Wettbewerb und Transparenz und schaffen dadurch für die Wirtschaft attraktive Rahmenbedingungen. Unser Ziel ist eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und den in Hameln ansässigen - in der Regel kleinen und mittleren - Unternehmen. Die Stadt muss dabei Partner der Wirtschaft sein. Gemeinsam arbeiten sie für eine starke Wirtschaft vor Ort. Die Stadt Hameln soll unbürokratische und transparente Antragsverfahren für Investitionsvorhaben anbieten und Unternehmen bei Neugründungen oder Erweiterungen zur Seite stehen. Das sichert und schafft mittel- und langfristig Ausbildungs- und Arbeitsplätze und erhält und steigert die Wirtschaftskraft in unserer Region. Die Stadt Hameln soll Betriebe ermutigen, neue Einstellungs- und Aufstiegschancen für Frauen zu schaffen, zum Beispiel durch Kooperation bei der Bereitstellung von Plätzen in Kindertagesstätten.

Unternehmen und Unternehmensgründer haben in der Regel verschiedene Kommunen als Standort zur Auswahl. Eine wichtige Rolle bei der Standortwahl spielen Entwicklungsperspektiven für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und deren Familien. Kommunale Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewinnen als Standortfaktor an Bedeutung. Daneben ist die Unterstützung von Unternehmensgründern und Ansiedlungswilligen durch Bereitstellung umfassender Standortinformationen insbesondere über das Internet wichtig. Kommunen können durch ein klares Profil im Wettbewerb mit anderen Kommunen profitieren. Das gilt auch für den Ausbau aller wesentlichen Standortfaktoren wie Verkehrsinfrastruktur, Gewerbegebiete, Bildungseinrichtungen, Gesundheitswesen und Kultur. Die Leistungsfähigkeit einer Kommune ist nicht zuletzt durch die am Ort ansässigen Unternehmen und Selbständigen bestimmt. Wir Liberale treten deshalb dafür ein, dass Unternehmensgründungen und Unternehmensansiedlungen von kommunaler Seite erleichtert werden und die kommunale Verwaltung mehr und mehr auch zu einem Dienstleister und Partner für die Unternehmen und Selbständigen wird. Wir treten dafür ein, dass die Kommunen die Melde- und Genehmigungsverfahren für unternehmerische Tätigkeiten entschlacken, verschlanken, zeitlich verkürzen und damit insgesamt vereinfachen, dazu gehört insbesondere das „Ein-Ansprechpartner-Prinzip“. Dabei sollte die Abwicklung über das Internet eine große Bedeutung bekommen.

Neben den Rahmenbedingungen in Politik und Verwaltung wird eine schnelle Internetanbindung für Unternehmen immer mehr eine notwendige Voraussetzung für wirtschaftliches Handeln. Förderprogramme, zur Verbesserung des Netzes sind zu nutzen. Hameln muss bei Innovationen schnell und zielstrebig handeln.

Wir Freien Demokraten setzen uns dafür ein, dass die Wahrnehmung von Aufgaben durch private Betriebe Vorrang vor der wirtschaftlichen Tätigkeit von Kommunen erhält. Ziel von Privatisierungen sind Verbesserungen der Leistungen und Senkung von Preisen durch transparenten Wettbewerb. Außerdem ist zu prüfen, kommunale Betriebe ohne hoheitliche Aufgaben zu privatisieren.

Fairer Wettbewerb soll auch für die kommunalen Energieversorger gelten. Unsere Stadtwerke in Hameln sind wirtschaftlich solide geführt und sollen in kommunaler Hand bleiben.

Liberale Wirtschaftspolitik in Hameln macht sich stark für

- einen fairen Standortwettbewerb, in dem Wirtschaft und Kommunen gemeinsam für eine starke Wirtschaft vor Ort kämpfen,
- einen Ausbau schneller Internetverbindungen,
- eine Begrenzung der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen – privaten Unternehmen darf keine aus Steuern und Abgaben finanzierte Konkurrenz gemacht werden,
- faire Wettbewerbsbedingungen,
- effektivere Wirtschaftsförderung vor Ort.

Unsere Zukunft hängt davon ab, dass wir einen Ausgleich schaffen zwischen den wachsenden Anforderungen an die Kommune und den schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen.

Unsere Wirtschaftspolitik bedeutet: Hameln hat Zukunft!

Liberales Kommunalpolitiker unterstützen eine kommunale Wirtschaftspolitik, die es den Kommunen ermöglicht, sich im nationalen und internationalen Standortwettbewerb zu behaupten.

Arbeit hat Vorfahrt, auch auf kommunaler Ebene. Neue Arbeitsplätze lassen sich aber nicht staatlich anordnen, sondern können nur in und mit der Wirtschaft geschaffen werden. Die FDP setzt dabei vor allem auf den Mittelstand. Er hat gezeigt, dass er auch in Zeiten konjunktureller Schwäche die stabilsten Arbeitsplätze garantiert und gewerbliche Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt. Die Schaffung neuer und den Erhalt bestehender Arbeitsplätze zu unterstützen ist die wichtigste Aufgabe kommunaler Wirtschaftsförderung.

Liberales Wirtschaftspolitik stärkt mittelständische Strukturen durch attraktive Rahmenbedingungen und schafft dauerhafte Arbeitsplätze.

Investitionsvorhaben müssen einfach zu beantragen sein und schnell und unbürokratisch genehmigt werden. Der Einsatz von „Unterstützungssystemen“, die als Schnittstelle zwischen ansiedlungswilligen Unternehmen und Behörden fungieren, sollte ausgeweitet werden.

Die FDP spricht sich für die Schaffung regionaler Zusammenschlüsse auf freiwilliger Basis in der Wirtschaftsförderung aus. Insbesondere in der Standortwerbung ist eine regionale Zusammenarbeit anzustreben. Für die überregionale, nationale und internationale Vermarktung sollten dabei die Stärken einer Region präsentiert werden. So können die knappen Wirtschaftsförderungsmittel effektiver eingesetzt werden.

Die Aktivierung europäischer Fördermittel gerade für kleinere und mittlere Unternehmen erfordert eine enge Zusammenarbeit der Wirtschaftsförderung auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Dies ist eine wichtige Aufgabe der kommunalen Wirtschaftsförderung. Sie muss dabei eine innovative Lotsenfunktion übernehmen. Auch hier ist eine Kooperation über Verwaltungsgrenzen hinweg unerlässlich, um die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze mit Vorrang zu fördern.

Bei Aufgaben, die auch weiterhin von der Stadt wahrgenommen werden, sollten – wo immer möglich und auf freiwilliger Basis – Gemeinde übergreifende Kooperationen angestrebt werden. Dadurch können erhebliche Synergieeffekte erzielt werden, die die Qualität der erbrachten Leistungen verbessern und gleichzeitig Kosten sparen.

Der Tourismus ist eine der wichtigsten Branchen im Weserbergland. Seine mittelständische Struktur ist Garant für ein qualitativ hochwertiges und flexibles Leistungsangebot. Bei der Vermarktung der vielfältigen Tourismusangebote muss mit anderen Kommunen stärker zusammengearbeitet werden. Eine engere Zusammenarbeit könnte etwa in der Form regionaler Tourismusverbände auch über das Weserbergland hinaus erfolgen, die gemeinsam mit privaten Anbietern ortsübergreifende Tourismusangebote definieren, gemeinsame Buchungs- und Vermarktungssysteme nutzen oder gemeinsame Marketing- und Informationskampagnen organisieren. Zudem sollte die Tourismusinfrastruktur weiter verbessert werden, etwa durch den weiteren Ausbau von Fahrrad- sowie Wander-, Nording-Walking- und Reitwegen. Die Ausweitung des Kultur- und Freizeitangebots ist voranzutreiben.

Hameln steht in der Wirtschaftspolitik in einem starken Konkurrenzkampf. Jeder potenzielle Unternehmensgründer hat eine Vielzahl von Standorten zur Auswahl. Er wird sich für den Standort entscheiden, der ihm, aber auch seiner Familie und die seiner Mitarbeiter langfristig die besten Entwicklungsperspektiven bietet. Dazu gehören für die FDP eine gut ausgebaute Infrastruktur, eine niedrige Steuer- und Abgabenlast, eine hohe Investitionsfähigkeit der Stadt bei niedriger Schuldenlast, die Vielzahl weicher Standortfaktoren wie z. B. ein reiches Kulturleben, optimale Schulangebote und hochwertige Freizeitmöglichkeiten, bürgerfreundliche Öffnungszeiten der Ämter und ein ausreichendes ÖPNV-Angebot.

Hameln braucht eine starke heimische Wirtschaft!

Wir Hamelner Liberale unterstützen besonders unsere heimische Wirtschaft, denn die volle Entfaltung wirtschaftlicher Dynamik ist auch die beste Arbeitsplatzsicherung:

- Der einheitliche EU-Markt verlangt ein Denken in größeren Zusammenhängen und ein zielgerechtes, gemeinsames Handeln über die Stadt- und Kreisgrenzen hinaus. Die Kommunalpolitik muss die Rahmenbedingungen so gestalten, dass unsere heimischen Unternehmen möglichst frei ihren Aktivitäten nachkommen können. Die unterstützenden Verbände und Gesellschaften (z.B. HMT, Weserbergland AG) benötigen unser unterstützendes Engagement
- Der Standort Hameln als Banken- und Sparkassenstadt muss Bedeutung behalten. Die Gewerbesteuer und die Abgabenlast müssen niedriger werden.
- Die Förderung des Fremdenverkehrs als Wirtschaftszweig mit Zukunft durch professionelle Vermarktung der touristischen Möglichkeiten Hamelns (z.B. Neuordnung der Aufgabenzuweisung HMT, Veranstaltungsverbundes).
- In diesem Zusammenhang sind die Sanierung und die damit einhergehende Nutzung des Hochzeithauses voranzutreiben.
- Die Verkehrsanbindungen sind weiterhin zu verbessern (z.B. Südumgehung, Ausbau Bundesstraßen B83 (Nordumgehung), Weser als Wasserstraße wieder nutzbar machen).
- Der Einsatz regenerativer Energien in Unternehmen und Privathaushalten ist zu unterstützen;
- Die Bevölkerungsentwicklung zeigt derzeit einen negativen Trend. Dem ist dadurch entgegenzusteuern, dass die Rahmenbedingungen für neue Arbeitsplätze optimal zu gestalten sind. Industrie- und Gewerbeflächen sowie ausreichende Wohnbaugebiete sind daher zu attraktiven Bedingungen vorzuhalten.